

# Galaxy

# Arbeitsgruppe

**Organ der Republikanischen Partei Deutschlands, Berlin Ostend (Gedenktag des 10. September 1949)**

10. *Constitutive* *transcription* *in* *the* *absence* *of* *inducer* *is* *not* *detected* *in* *the* *mutant*  
11. *cells* *but* *is* *detected* *in* *the* *wild-type* *cells*

**Donnerstag, 1. August 1922**

**100% MONEY BACK GUARANTEE**

# Die Zinfe-Hofmann-Zerfe. Fette Dividenden. — Magere Löhne. Das Taylor-System wird eingeschmuggelt!

Der größte Betrieb Wreslaus, eins der bedeutendsten Werke der deutschen Metallindustrie, die Bunte-Hofmann-Werke, ist von einer Bedeutung, die über das Oerliche oder Sächsische weit reicht. was nicht nur für Bunte-Hofmann, sondern für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands die schlimmsten Folgen haben würde. Es geht um die Einführung des Taylor-Systems.

Dieses Industrieunternehmen, das hauptsächlich Golomotoren und Eisenbahnwaggons, außerdem auch Dieselmotore baut, hat bei einer Gliederung in 100 Abteilungen eine Leistungsfähigkeit von einer Golomoitve täglich. Vom Kapitalistisch gesehen ist es ein vorzerrliches Unternehmen. Trotz 112 Millionen Abschreibungen (gegen 82 Millionen im Vorjahr) konnte es aus einem Kapital von 120 Millionen Markt 74 Prozent Dividende auszahlen. Das Unternehmen ist mit dem Stinner-Konzern verbündet.

Ein solch großer Betrieb, mit einer Belegschaft von 8 bis 9 Tausend, müßte eigentlich eine Hochburg der revolutionären Arbeiterschaft sein. In Wirklichkeit sind leider noch immer nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen (letztere gibt es zwei- bis dreihundert) freigewirtschaftlich organisiert (etwa 400 christlich, 600 Hirsch-Dunder) politisch organisiert sind im Ganzen 30—40 %, davon gehören aus alter Gewohnheit, die meisten der S.P.D. an.

In den letzten Jahren hatte die Belegschaft, im Vergleich mit anderen Betrieben, eigentlich wenig Schaden; im wirtschaftlichen und politischen Kampfe, wenn man nicht den zweimaligen Ausstand 1919 dazu rechnet.

Die Wohnverhältnisse sind keinesfalls glänzend. Bei der Akkordarbeit herrscht das Günslingsystem und der Unterschied zwischen den Stark- und Schwaberdienern beträgt 2 bis 300 Mark. Dabei sind die Sicherheitsvorrichtungen im Betrieb noch sehr mangelhaft und der Sanitätsdienst für die Nacht fehlt völlig. Diese und andere Uebelstände, wie die sprichwörliche Unzulänglichkeit in der Kesselschmiede, die mit ihrem engen Raum und Gerümpel eine ständige Gefahr für die Arbeiter bedeutet, werden nicht verbessert, weil die Wahlung des Betriebsrates zu schlapp ist.

Dieser besteht aus einer S.P.D.-Mehrheit und hilft sich wohl mit den Unternehmern sein gutes Einvernehmen zu verderben. Hätte die Belegschaft am 1. Mai nicht über die Köpfe des Betriebsrates gehandelt, so wäre sie vom Unternehmer gepresst worden. Der Betriebsrat beruft rein-Betriebsversammlungen ein, denn erstens kann man da so manch Unliebhaften zu hören bekommen, zweitens aber, sieht es der Herr Director nicht gern und würde wahrscheinlich das nächste Mal sich zu einem Festgelage mit dem Betriebsräten nicht herbeispielen.

Immer mehr mehren sich in der letzten Zeit die Anzeichen dafür, daß bei Unilever-Höfmann etwas im Gange ist. Dies hängt mit dem neuen Tarif, der ab 1. Oktober aufgestellt werden soll, zusammen. Bei der Nachbereitung des jetzigen Betriebsrates ist es höchste Zeit, die Arbeitnehmer zu informieren, damit sie nicht in etwas hereingehüttet wird.

## **Hindenburgkreise und preußische Regierung.**

Die Stelle Hindenburgs nach Ostpreußen, die nur eine Zeitschreibung der gesteigerten reaktionären Propaganda in diesem Frühling ist, hat im preußischen Kabinett Begleiterscheinungen zweifl., die bisher bezüglich für das Bejen der Stimmenkoalition zu Preußen sind. Das Staatsministerium hatte nämlich den selbstverständlichen Beschluss gefaßt, daß sich die öffentlichen Behörden an den Propagandaveranstaltungen beim Besuch Hindenburgs in Ostpreußen nicht beteiligen sollten. Bei einer solchen Selbstverständlichkeit war höchstens die Tatsache bemerkenswert, daß man einen besonderen Beschluss fassen mußte, um die ostpreußischen Behörden auf diese selbstverständliche Sicht ausweichend zu machen. Die Sache hat aber nun ein Nachspiel, das die Sicherheit unserer politischen Zustände glänzend kennzeichnet.

Die Deutsche Volkspartei rebellierte gegen den Beschluss des Staatsministeriums. Die Minister Soelitz und v. Richter, die der Deutschen Volkspartei angehören, waren nicht anwesend, als das Ministerium den Beschluss gefasst hatte. Als sie davon erfuhr, erhoben sie beide Einspruch gegen den Beschluss, und Soelitz, dieser wachscheite Realpolitiker, erhob nicht nur mit Worten Einspruch, sondern gab auch einen handschriftlichen Schluß an, die off-

Einpruch, sondern gab auch einen besonderen Anlaß an die ostpreußischen Schulbehörden heraus, der folgendermaßen lautete:

„In das Provinzialschulkollegium in Königsberg. Soweit die aus Anlaß des bevorstehenden Besuches des Generalfeldmarschalls von Hindenburg in Ostpreußen stattfindenden öffentlichen Veranstaltungen den Charakter von parteipolitischen Propaganda-Veranstaltungen tragen, haben sich nach Staatsministerialbeschuß die Behörden als solche fernzuhalten.“

Siebet, der politisch lesen kann, weiß, was diese Hoffnung des

was nicht nur für Bunte-Hößmann, sondern für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands die schlimmsten Folgen haben würde.

Was ist das? Dies ist eine Organisierung der Arbeit, durch welche die Herstellungsgesetz der Erzeugnisse auf das Mindeste beschränkt werden soll. Zu diesem Zwecke wird die Dauer der Bewegungen und Handgriffe auf das genaueste gemessen und alle unnötigen ausgeschaltet. Während ein solches Verfahren in einer Zukunftsgesellschaft der Allgemeinheit viel Nutzen brächte, indem es ihr viel unnütze Zeit ersparen würde, nützt es jetzt, solange die Arbeiter nur die kapitalistischen Profite vermehren, nur dieser während der Arbeiter zur Maschine gemacht wie j.

Der Erfinder dieses Systems, der amerikanische Ingenieur und Kapitalist Taylor, wußte auch genau, daß sich die Arbeiter dagegen wehren werden und empfiehlt deswegen die unverzügliche Einführung des Systems. So sollen z. B. die Kontrollbeamten die Stoppuhren, welche auf  $\frac{1}{10}$  Sekunden die Dauer eines Handgriffes messen, im Buchdecket eingebaut versteckt tragen usw.

Wenn also jetzt in den Linke-Hofmann-Werken davon gesprochen wird, daß der neue Tarif ein Leistungstarif sein soll, so weiß die Belegschaft, woran sie sich zu halten hat. Jetzt weiß sie, weshalb die Firma so in die Länge gezogen wird. Nicht nur, weil die Unternehmer mit dem Abschauen der Konkurrenz rechnen, wo sie unter drohender Arbeitslosigkeit leichter distillieren können, sondern auch um Zeit zum Studium und Berechnen der Leistungen aus der Handgriffsdauer zu haben. Jetzt weiß die Belegschaft, daß die zahlreichen Kontrolleure nicht nur deswegen da sind, weil die Sowjetregierung, für welche die Firma viel liefert, genaue Arbeit fordert, sondern vielmehr, daß dies für die Firma wie geraten kommt, erstens, um das Taylor-System vorzubereiten, zweitens, um den Unwillen der Belegschaft möglichst hoch gegen die Sowjets abzulenken.

Die Arbeiterschaft von Linke-Hofmann muß zeigen, daß sie sich nicht über die Löffel barbieren läßt. Kein Arbeiter wird es zulassen, zu einer Maschine gemacht zu werden, deren jeder Atemzug gezählt wird, ausgepreßt zu werden im Schwitzsystem, wie die Einwanderer in den Werkstätten Amerikas. Die Arbeiter werden ihre Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter zwingen, alles zu tun, damit das Sklavenjoch nicht von Linke-Hofmann aus seinem Einzug nach Deutschland fern zu sein kann.

Erlosses bedeuten soll. „Die Zeit“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, schreibt denn auch, daß die Veranstaltungen anlässlich der Ostpreußenkreise Hindenburgs natürlich in keiner Weise parteipolitischen Charakter trügen, so daß die reaktionären Schulbehörden mit Zug und Recht den Massenschlächter und nationalen Popanz Hindenburg offiziell begrüßen können. Die Unethoste aber ist, daß Boelk und von Richter mit thronmonarchistischen Fronden im Kabinett vollständig gesiegelt haben. Die „Zeit“ schreibt darüber folgendes:

Der Protest der vollsparteilichen Minister und Abgeordneten hat außerdem auch bewirkt, daß das Staatsministerium sich schließlich ihrer Ansicht anschloß und die preußischen Behörden im Sinne des Boelzschen Gesetzes instruiert. Damit dürfte dieser Brüderhass endgültig erledigt sein, und man kann nur noch bedauern, daß die auch in diesem Falle wieder rein parteipolitisch sich zufliegende Amtsaussöhnung den linksstehenden Regierungsmänner ihn überhaupt möglich gemacht hätte.

Die Brann, Seevering und Konsorten sind also prompt umgefallen. Die Volkspartei triumphiert, wie ein bürgerliches Montagsblatt heute bereits schreibt. Die Arbeiterschaft wird aber dafür sorgen, daß dieser Zwischenfall durchaus noch nicht entschieden ist. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen sich ihren Minister einmal vorbringen und ihnen die Frage vorlegen, ob die Stunzkoalition sie sogar dazu verpflichtet, offizielle Propaganda für eine reaktionäre Aktion als Regierung zu unterstützen. Der ganze Vorfall ist ein erneuter Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie in der Großen Koalition ein völlig einflussloses Anhängsel der Deutschen Volkspartei ist und daß der Rechtskonservatismus in Preußen mit Unterstützung der SPD immer ungehemmt gesteuert wird.

# Revolution und Konterrevolution. vor dem Tribunal.

**Von Karl Kreibich.**

Am Anfang Juni soll der Prozeß gegen die 47 Sozialrevolutionäre beginnen. Es wird ein Prozeß werden, eingeschlossen in seiner Art in der politischen wie in der Rechtsordnung. Das Moskauer Revolutionärrichtung wird zum internationalen Forum werden, vor dem sich eine in diesem Maße und in dieser Form bisher unerhörte Auseinandersetzung zwischen der proletarischen Revolution und der unter sozialistischer Flagge segelnden Konterrevolution nicht nur über die russische Revolution, sondern auch über die Fragen des Kampfes zwischen Revolution und Konterrevolution überhaupt abspielen wird.

Das revolutionäre Russland erweist seinen Feinden gewiß nicht die schier unbegrenzte Großmut und milde Nachsicht, die an der französischen Kommune zwar eine so schöne und rührende Arabeske für sentimentale Pazifisten und Aestheten bildete, aber auch zu ihrem Sturze beigetragen hat und von der französischen Bourgeoisie an der Mauer der Föderierten nach gut bürgerlich-revolutionärer Art heimgezahlt wurde. Die billige Erfahrung hat unseren russischen Freunden die Erkenntnis beigebracht, daß man den Feind gewaltsam und grausam im Innern niederkämpfen muß, wenn man von seinen Spießgesellen rings umgeben ist. Auch ist es eine verständnislose Falschmeldung, wenn die sozialdemokratische Presse die Zugeständnisse der Delegation der Kommunistischen Internationale auf der Berliner Konferenz so deutet, wie wenn die russische Revolution schon in das Stadium gekommen sei, wo sie die Gnade ihrer Feinde durch Milde und Nachsicht erstreben müßte. Die Erfahrung aller früheren Revolutionen, und besonders der russischen, lehrt, daß solche revolutionäre Milde und Nachsicht von der Gegenrevolution stets als Schwäche gedeutet und ausgenützt und mit doppelter Nachsicht heimgesucht werden.

Rachjacht heimgesucht werden.

Der Prozeß gegen die Pfaffen, die die Beschlagnahme der Kirchenteichtümer für die Hungerhilfe zu einem Vorstoß der „heiligen Konterrevolution“ ausnützen wollten, zeigt zur Genüge, daß Sowjetrußlands Feinde keine Ursache zum Frohlocken auf Befrcht haben. Aber dieselbe als grausam verschriene russische Revolution hat schon gar manchen ihrer Feinde durch Amnestie von der wohlverdienten Strafe gerettet, und die Tatsache, daß sie durch den Mund der Kommunistischen Internationale den Sozialrevolutionären die Wahl der Verteidiger freigestellt hat und jetzt bereit ist, fast ein Daderbuzend wackerer Sozialpatrioten und Spione der Bourgeoisie, die sich den Namen „Sozialisten“ und „Sozialdemokraten“ beilegen, als Verteidiger zuzulassen, ohne nach Staatsbürgerecht und juristischen Voraussetzungen zu fragen, ist wohl genug der Großmut gegenüber Leuten, die mit der Waffe in der Hand im Dienste der Bourgeoisie die russische Arbeiterrépublik bekämpft und Meuchelmordt gegen die Führer der russischen Revolution organisiert haben. Diese Großmut der russischen Arbeiterrévolution wird auch nicht erschüttert werden durch die Freiheit, mit der die Herren von der 2. und 2½ Internationale unter den Verteidigern, die sie den 47 stellen wollen, sogar drei Mitglieder der sozialrevolutionären Partei, also eigentlich Mutschuldige der Angeklagten, nominieren.

Dieses großherzige Entgegenkommen ist überdies ein Beweis dafür, daß die russische Revolution kein Licht zu scheuen hat, daß die russischen Genossen alles, was sie in einem vierjährigen Ringen mit einer ganzen Welt von Feinden für die Revolution getan haben, vor der proletarischen Menschlichkeit der ganzen Welt verantworten können. In ganz Russland und in der ganzen Kommunistischen Internationale hat gewiß niemand auch nur die Spur des Gefühls, den Herren Bande velde, Otto Wels, Friedrich Adler oder Dudegeest für die Taten der russischen Revolution Rechenschaft schuldig zu sein, und wenn diese Herren oder ihre Abgesandten (die prominentesten dieser Herren selbst schamen sich ja nicht zu gelrauen, vor einem Revolutionstribunal zu erscheinen) trotzdem zu diesem Prozeß zugelassen würden, so nur deshalb, weil wir alle das sehr tiefe Bedürfnis fühlen, den Millionen Proletariern, die diesen Herren leider noch immer Gehörschaft leisten, Gelegenheit zu geben, durch die Vertreter ihrer Wahl Einsicht nehmen zu lassen in die Probleme des unerträlichen, harten, grausamen, aber notwendigen Kampfes mit der Gegenrevolution, um den die Proletarier seines Landes herumkippen werden. Die Herren Führer der Wiener, Londoner und Amsterdamer Internationalen wollten einmal ein Tanzchen mit der russischen Revolution wagen, um die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen von dem Kampfe gegen den Kapitalismus im Westen abzuwenden, genau der hier im Interesse des Kapitalismus und der Bourgeo-





## WIR SIND DABEI.

Die nächsten beiden Seiten sind die Ergebnisse, und das heißt, was wir von den Gewerkschaften und dem Konsortium der Gewerkschaften erwartet haben. Sie waren bestimmt, daß die Gewerkschaften die Arbeit g. Z. auf die Gewerkschaften entziehen könnten, da sonst eine gewisse Auswirkung auf die Arbeit hätte und wir nicht in der Lage wären, mit der Gewerkschaften zusammenzuarbeiten.

## KOOPERATION UND GEGENSTANDSWEISHEIT.

Wir wollen nicht mehr darüber sprechen, ob es sich um einen Punkt handelt, der am Ende noch entschieden werden kann, sondern wir wollen die Bedeutung des Punktes ausdrücklich zu betonen.

## Gesamtaus.

### Die Arbeit der Stadtverordneten:

Neue Sitten für die arbeitende Bevölkerung. Am Dienstag fand eine Stadtverordneten-Gesamtausstellung statt, die nach Ansicht der Kreiszeitung sehr viel praktische Arbeit geleistet hat. Demjenigen, der noch nie ein Parlament ausgetragen hat, mußte die ganze Geschichte wie eine Komödie anmuten. Es ist wohl auch nicht zuviel gesagt, daß gerade das Breslauer Stadtparlament einer wirklichen Komödie mehr denn alle andern Parlemente ähnelt. Während der Verdieststätter mit kaum vernehmlicher Stimme die Magistratsvorsitzende vorschlägt, unterhalten sich inzwischen die Stadträte ununterbrochen untereinander. Und was für wichtige Dinge erzählt werden! Man schildert, daß der Sonntagsausflug sehr herrlich verlaufen ist, trocken — man denkt nur nicht an ein einziges Glas Schnaps nerunken wurde. Und dann die Abstimmung. Neun Zeichen der Versammlung weiß nicht, über was abgestimmt wird. Endlich (auch von den neuen Behörden) erheben die Hände. "Das ist die Mehrheit," stellt der Vorsitzende fest. Und so wird nicht etwa nur bei weniger wichtigen Dingen, wie bei Annahme von Schenkungen usw., abgestimmt. O nein! Dieselbe Annahme führt auch Abstimmungen, die eine Belastung der Arbeit bedeuten, geschah.

Die Stadtverordneten sind froh, wenn sie nichts zu tun brauchen. Denn dann gibt es die Geschichte ja selbst vorzutragen, sie können ihrer schweren Arbeit verlassen.

Am der Sitzung wurden dank der Schwierigkeit und wohl auch der Interesslosigkeit der Stadtverordneten nicht weniger als vierzig Vorlagen und fünf Dringlichkeitsanträge zur Erledigung gebracht. Der wichtigste Antrag war, die Straßenbahnbahnhöfe zu erhöhen. Zu diesem Antrag entwickelte sich eine Debatte. Die Stadtverordneten empfahlen allerhand Pläne, um die Erhöhung der Straßenbahnbahnhöfe schriftlich zu machen. So sollen Vorzugsarten für Arbeiter, Angestellte und Schüler, Studenten usw. ausgesetzt werden. Gleichzeitig wurde die Erhöhung der Fahrbahnen einstimmig (auch die sozialdemokratischen "Arbeitervertreter" stimmen dafür) angenommen. Danach loset eine Strafenbahnhöfe:

Am Tage ohne Umsteigen 3,50 Mark, mit Umsteigen 3 Mark, über die Fahrtgrenze ohne Umsteigen 3,50 Mark, mit 4 Mark, ohne Fahrtgrenze nach 11 Uhr ohne Umsteigen 4 Mark, mit Umsteigen 5 Mark. Achterkarten werden 19 Mark, für Kriegsverletzte 9,50 Mark kosten.

Die Vorlagen auf Erhöhung der Bezahlungsbezüge für Beamte und nichtständig Angestellte ab 1. Mai wurde angenommen. Die neuen Bezahlungen bieten aber den Beamten noch lange keinen ausreichenden Unterhalt.

Eilige Vorlagen, welche die Bevölkerung immerhin belaufen, wie Erhöhung der Gebühr für Benutzung der öffentlichen Worte, Änderung der Haushaltserstattung usw. wurden ohne Debatte einstimmig angenommen.

Einige Schenkungen für die Stadt wurden ebenfalls angenommen. Die Vorlagen betreffend Rendierung der Bausatzgebührenordnung, Bereitstellung eines Vorschlagsredets für Zwecke der Gaswerke und Ordnung betr. Erhöhung eines Gebührengutschriften der Handelskäufe wurden der Ausschüsse überwiesen. Die übrigen Vorlagen wurden wiederum ohne Debatte angenommen.

Um 7½ Uhr hatte die Versammlung ihre schwere "Arbeit" beendet. Die öffentliche Sitzung konnte geschlossen werden.

Nun nur die Arbeiter in den nächsten Tagen für die Straßenbahnbahnhöfe 2,50 Mark bezahlen müssen, so mögen sie sich bei der sozialdemokratischen Stadtvorstandsschaft dafür bedanken.

\* Jegow's Zeiten lehren wieder. Der Polizeipräfident hat mit Zustimmung des Magistrats den § 5 der Polizeiverordnung vom 20. April 1918 folgenden Wortlaut gegeben: "Es ist verboten, Zeitungen oder Blätter an Häusern, Geschäften, Bahnen, Eisenbahnen, Brücken und anderen Bauwerken und an Denkmälern, Brunnen, Mauern, Laternenpfählen und anderen Verhüllungen anzuhängen. Hierfür sind nur die durch den Polizeipräfidenten bestimmenen Zeiten gestattet." Die Sitzung der Gewerkschaften und des Konsortiums der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften haben die Sitzung der Gewerkschaften und des Konsortiums der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigt.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.

Die Gewerkschaften und das Konsortium der Gewerkschaften am 21. Mai bestätigte dies.



